Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2339
01. 12. 78

Fragen

für die Fragestunde
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 6. Dezember 1978
am Donnerstag, dem 7. Dezember 1978

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

1. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Ablehnung der Versuchsstrecke der sogenannten Hängebahn durch den Erlanger Stadtrat, und wie will die Bundesregierung künftig die Akzeptanz der von ihr geförderten neuen Verkehrstechnologien in den Kommunen erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

2. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Auszahlung eines 10 Millionen Kredits an das Somoza-Regime in Nicaragua gestoppt – wie vom Informationsdienst „Entwicklungspolitik" (Zentrale Redaktion des Evangelischen Pressedienstes) vom 16. Oktober 1978 gemeldet –, oder ist die Auszahlung nur um eine Woche verzögert und inzwischen erfolgt?

3. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die SWAPO andere Farbige in Namibia, wie z. B. die SWANU oder die Namibien-Studenten-Organisation, verfolgt, und mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung versucht, auf die SWAPO einzuwirken, Toleranz zu üben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

4. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung gegen die in der Presse angekündigte Absicht des Bundesverbands der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zu unternehmen, durch „Aufklärungsaktionen" die NATO-Lager für atomare Sprengköpfe in der Bundesrepublik Deutschland zu erkunden und danach in einer „Lagekarte" bekannt zu geben?

5. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in einer solchen Aktion eine Gefahr für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und für die Abschreckungsfunktion der NATO?

6. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Trifft es zu, daß der „Alpha-Jet" nicht einsatzfähig ist bzw. die Luftwaffe die Übernahme dieses Flugzeugs abgelehnt bzw. den Truppeneinsatz verboten hat, und welche Kosten entstehen gegebenenfalls durch die notwendig gewordene Neukonstruktion?

7. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß diese Mängel nicht schon in den Entwicklungsversuchen erkannt und gegebenenfalls behoben wurden, und wer wird die eventuell auftretenden Mehrkosten übernehmen?

8. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung Zweifel an der Verfassungstreue des Beamten Hans-Günther Schumacher, einen der Bundesvorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), hat und disziplinarrechtliche Schritte gegen den Beamten eingeleitet hat, und wenn ja, welche Gründe sind dafür maßgebend?

9. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit den Pflichten eines Bundesbeamten zu vereinbaren, außerhalb seines Dienstes als Mitglied oder Funktionär einer Bürgerinitiative die Grundzüge der Energiepolitik der Bundesregierung abzulehnen und öffentlich zu kritisieren?

10. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Welche Formen einer diesbezüglichen Kritik könnten nach Auffassung der Bundesregierung die gebotene Loyalität eines Beamten gegenüber seinem Arbeitgeber verletzen?

11. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesverteidigungsminister dem ausscheidenden Generalinspekteur der Bundeswehr verboten hat, sich persönlich von den Spitzengeneralen zu verabschieden, obwohl diese bereits eingeladen waren, und wenn ja, sieht die Bundesregierung dies als eine angemessene Reaktion des Verteidigungsministers an und muß ein derartiges Verhalten des Ministers letzten Endes nicht zu einem Vertrauensbruch mit der Generalität der Bundeswehr führen?

12. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Hat der Bundesminister der Verteidigung zugesagt, daß der Neubau des Marineamtes Wilhelmshaven in den Maßnahmenkatalog des Bundes für 1979 aufgenommen werde, und wenn ja, welches sind die Gründe dafür, daß trotz dieser Zusage der seit Jahren fällige Neubau nicht im Maßnahmenkatalog für 1979 enthalten ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

13. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Liegen der Bundesregierung neue Erkenntnisse über die Gesundheitsgefährdung durch Rauchen, insbesondere wegen der Einatmung von Kohlenmonoxyd beim Zigarettenrauchen, vor, und welche Konsequenzen zieht sie hieraus für die Beschränkung der Werbung für Tabakerzeugnisse?

14. Abgeordnete **Frau Eilers** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung angesichts der gestiegenen Zahl von behinderten Kindern, u. a. hervorgerufen durch das Medikament „Duogynon", ihren Standpunkt zu überprüfen und eine Meldepflicht für Behinderte einzuführen?

15. Abgeordnete **Frau Eilers** (SPD)

Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß durch eine solche Meldepflicht Behinderungen, die durch das Medikament „Duogynon" verursacht wurden, frühzeitiger erkannt und gegebenenfalls hätten verhindert werden können, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

16. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Welche Beispiele kann die Bundesregierung für ihre in der Begründung zum Entwurf eines Jugendhilfegesetzes zum Ausdruck gebrachte Annahme nennen, daß die sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer nicht mit den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Einklang stehen?

17. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Womit begründet die Bundesregierung den nach ihrer Meinung teilweise berechtigten Vorwurf der Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft, und welche Beweise tritt sie dafür an?

18. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Verbraucher vor salmonellenverseuchtem Geflügel- und Schweinefleisch zu schützen?

19. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß Salmonellenbefall nur bei holländischen Importwaren festgestellt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

20. Abgeordneter **Curdt** (SPD)

Besitzt die Bundesregierung gesicherte Erkenntnisse darüber, ob die bisher freiwillig vorgenommene Anbringung von Nebelschlußleuchten zu einer Verringerung typischer Nebelunfälle geführt hat, und ist ihr bekannt, ob an solchen Unfällen besonders Lastkraftwagen beteiligt sind, bei denen in der Regel keine Nebelschlußleuchten angebracht sind?

21. Abgeordneter **Curdt** (SPD)

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für angebracht, um die Gefahr von Nebelunfällen zu verringern, und ist sie bereit, eigene Vorstellungen auch im Rahmen der europäischen Verkehrspolitik zu verwirklichen?

22. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung den Bau einer Bundesbahn-Schnelltrasse im Raum südlich Rastatt alternativ zu einem sechsspurigen Ausbau der Bundesautobahn 5 behandelt, und welches verkehrspolitische Konzept steht zutreffendenfalls hinter einer solchen Überlegung?

23. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist – gemessen an der Gesamtzahl der Krafträder – der Anteil der versicherten Kleinkrafträder mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 40 Stundenkilometer (Mofas, Mopeds, Mokicks), und warum verlangt die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung nicht, daß diese Fahrzeuge wie größere Krafträder vorn und hinten erkennbare und beleuchtete Nummernschilder haben, damit man sie bei Unfällen und bei Belästigungen (Verkehrslärm) besser erkennen kann?

24. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis einer kürzlich veröffentlichten Kosten-Nutzen-Rechnung (Dipl.-Ing. Fritz Fülling), wonach bei einem totalen Baustopp am Rhein-Main-Donau-Kanal gegenüber der Fertigstellung jährlich 656,3 Millionen DM eingespart würden, und sind bei den seitherigen Entscheidungen über den Weiterbau

zwischen Nürnberg und Regensburg in den Kostenrechnungen die Verluste berücksichtigt worden, die dem Fremdenverkehr im Altmühltal durch den Kanalbau entstehen und die mit jährlich rund 8 Millionen DM beziffert werden?

25. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Transportverluste für die Deutsche Bundesbahn ein, die durch Inbetriebnahme des Kanals entstehen werden?

26. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Wann gedenkt die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, um die überdurchschnittliche Höhe der Landegebühren auf deutschen Flughäfen auf Weltniveau zu senken?

27. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Verteidigt die Bundesregierung auf der einen Seite die Bundesrepublik Deutschland als Oase hoher Flugpreise und beklagt sie auf der anderen Seite das Ansteigen der Preise im Berlin-Flugverkehr, und wenn ja, wie schätzt sie dann unter diesen Umständen ihre Glaubwürdigkeit ein?

28. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welchen Stand haben jetzt die Bemühungen um einen vorzeitigen Bau der Autobahn Olpe/Hattenbach als wichtige Maßnahme zur Erschließung des nord- und mittelhessischen Raums sowie des hessischen Zonenrandgebiets?

29. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung — wie laut Pressemeldungen der nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsminister Deneke- der Auffassung, daß die Autobahn Olpe/Hattenbach in der Weiterführung nach Hessen und in Hessen unnötig ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

30. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Stoff Äthylendibromid, der in USA als Zusatz im Benzin den Motor vor Bleiablagerungen schützt und auch als Insektenvertilgungsmittel bei Getreide, Früchten etc. eingesetzt wird, in der Bundesrepublik Deutschland verwendet wird, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, auf Grund der vom nationalen Krebsinstitut in Washington festgestellten stark krebserregenden Wirkung dieses Stoffs die Verwendung zu verbieten?

31. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Treffen Presseveröffentlichungen zu, daß heute niemand mehr sicher sein könne, daß er jemals aus den polizeilichen und den Verfassungsschutzdateien verschwinde, weil die behauptete Löschung der Daten lediglich bedeute, daß die Informationen auf den schnellen Speichern für den direkten Zugriff getilgt und statt dessen auf langsameren Speichern archiviert werden, bis, in etwa fünf Jahren, die rationelle Auswertung auch dieser Datenmassen gewährleistet sei, und wenn nein, auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich die Sicherheitsbehörden vor derartigen Falschmeldungen in Schutz zu nehmen?

32. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welches waren die Ergebnisse „von politischer Bedeutung" – laut einem Bericht der Illustrierten Quick vom 16. November 1978 – bei der vom ehemaligen Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Nollau, bei einem Staatssekretär angeordneten Sicherheitsüberprüfung?

33. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die im „Zeit-Magazin" Nr. 49 (Dezember 1978) geäußerte Vermutung für wahrscheinlich, daß das weltberühmte „Bernstein-Kabinett", das von Deutschen 1941 aus dem Schloß Zarskoje Selo bei Leningrad abtransportiert wurde und seit Kriegsende als verschollen gilt, sich zusammen mit anderen Kunstschätzen in der verschütteten Schachtanlage Wittkind bei Volpriehausen befindet, und was wird gegebenenfalls getan, um diese unermeßlichen Kunstschätze sicherzustellen und den rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben?

34. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, öffentlich klarzustellen, daß es sich bei den Ausschreitungen von Iranern bei der Frankfurter Demonstration am 25. November 1978 nur um einige wenige Mitglieder einer bestimmten Fraktion innerhalb der iranischen Studentenorganisation CISNU gehandelt hat, um so einer allgemeinen Diffamierung von Iranern in der Bundesrepublik Deutschland entgegenzutreten, wie sie kürzlich in Frankfurt manifestiert wurde, als sich ein Professor der dortigen Fachhochschule weigerte (siehe Frankfurter Rundschau vom 30. November 1978), generell vor Iranern Vorlesungen abzuhalten?

35. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung ihrerseits als Hilfe zur Entschädigung der Opfer der gewalttätigen Demonstration in Frankfurt am 25. November 1978 zu tun, nachdem die Stadt Frankfurt ihrerseits dafür 200 000 DM bereitgestellt hat, ohne dazu verpflichtet zu sein?

36. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Trifft es zu, daß aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland entlassene ehemalige politische Häftlinge nach ihrer Ankunft im Notaufnahmelager Gießen erkennungsdienstlich behandelt worden sind, daß die Behörden Fingerabdrücke genommen und Polizeiphotos angefertigt haben, wobei die Betroffenen Tafeln mit Registriernummern in der Hand zu halten hatten und auf Weigerung der Betroffenen ihnen angedroht worden sei, in diesem Fall das Aufnahmeverfahren nicht ordnungsgemäß abwickeln zu können?

37. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Welche Nachteile sind den beiden Betroffenen bisher durch ihre Weigerung, sich erkennungsdienstlich behandeln zu lassen, entstanden, und welche weiteren Nachteile sind gegebenenfalls noch zu erwarten?

38. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die sich häufenden Klagen von Sportlern und Trainern über steigende Bürokratisierung des Leistungssports, und ist die Bundesregierung bereit, selbst dazu beizutragen und auf die Sportverbände einzuwirken, daß unnötiger und leistungsbehindernder Verwaltungsballast von Trainern und Sportlern ferngehalten wird?

39. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß über das unbedingt erforderliche Maß hinausgehende Verplanung des Leistungssports und der Leistungssportler geeignet ist, die Erfolge der Leistungssportförderung in Frage zu stellen, und werden nicht Kreativität, Spontaneität und Flexibilität als unverzichtbare Grundlage sportlicher Erfolge durch überzogene Planung und Reglementierung abgewürgt?

40. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung ihrer Verpflichtung nach § 39 des Ausländergesetzes nachkommen, im Benehmen mit den entsprechenden Landesregierungen die Sammellager für Asylanten zu bestimmen, und wenn ja, wann, oder ist sie der Meinung, daß das bisher einzige Sammellager in Zirndorf/Bayern zur Aufnahme von Asylanten heute noch ausreichend ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

41. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Haben die sich seit 1975 in Kraft befindlichen deutsch-jugoslawischen Verträge über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen nach Beurteilung der Bundesregierung bisher bewährt?

42. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Entscheidung der jugoslawischen Regierung in der Auslieferungssache Wagner, Mohnhaupt, Boock und Hofmann mit dem deutsch-jugoslawischen Auslieferungsvertrag in Einklang steht?

43. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Bestimmungen unseres Rechts sollen Gewalt- und Terrorhandlungen gegen sozial Schwächere, z. B. Frauen, Kinder, Behinderte, ältere Menschen, besonders unter Strafe stellen, und plant die Bundesregierung, zum Schutz des genannten Personenkreises besondere Vorschriften wie in anderen Staaten in unser Strafrecht einzufügen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

44. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für wünschenswert, daß sich in der Wirtschaft der Trend zu unentgeltlichen oder verbilligten Kantinenmahlzeiten oder Essenszuschüssen verstärkt, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, diese Entwicklung zu fördern?

45. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung das Gesetz über die Deutsche Bundesbank zu ändern, mit dem Ziel, die Devisenreserven der Deutschen Bundesbank zur Finanzierung eines staatlichen Rohstoffvorratslagers zu verwenden?

46. Abgeordneter **Augstein** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Haushaltsfreibetrag von 3000 DM zur Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse von Alleinstehenden mit Kindern in der Weise an die geänderten Verhältnisse anzupassen, daß er um die Erhöhungen des Grundfreibetrags zum 1. Januar 1978 und zum 1. Januar 1979 sowie um den seit 1. Januar 1978 gültigen Tariffreibetrag erhöht wird?

47. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Werden die Schulungen, die die Hans-Seidel-Stiftung in Chile – Pressemeldungen zufolge – für Gewerkschafter durchführt, aus bundesdeutschen Steuermitteln bezuschußt?

48. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, welche Verschlechterungen sich für Käufer von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ab dem 1. Januar 1979 infolge des Fortfalls der landesrechtlichen Grunderwerbsteuerregelungen ergeben werden, trifft es nach ihrem Wissensstand insbesondere zu, daß der Wegfall der landesrechtlichen Regelungen dazu führt, daß der Käufer eines 300 000 DM Reihenhauses plötzlich 3 500 DM Grunderwerbsteuer zu entrichten hat, während der Käufer eines sehr viel teuereren Hauses im Vergleich zum geltenden Recht mit einer Steuerersparnis von 17 500 DM rechnen kann?

49. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesbauminister beim Bundesfinanzminister angeregt hat, die mit Beginn des Jahrs 1979 außer Kraft tretenden Grunderwerbsteuerregelungen der Länder noch bis Ende 1980 gelten zu lassen und daß der Bundesfinanzminister dies abgelehnt hat – wie die Zeitschrift „Capital" in ihrer Dezember-Ausgabe berichtet –, und bedeutet dies, daß mit einer Beseitigung oder Milderung dieser Folgen nicht mehr gerechnet werden kann?

50. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die von der EG genehmigte Beihilfe zur Verbilligung der Schulmilch der Mehrwertsteuerregelung unterworfen ist, und ist die Bundesregierung bereit, davon abzusehen, 6 v. H. Mehrwertsteuer auf die den Schülern zugute kommende Beihilfe zu erheben?

51. Abgeordneter **Dr. Ehmke** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Dresdner Bank, die Commerzbank, die Deutsche Bank und die Westdeutsche Landesbank dem südafrikanischen Strategic Oil Fund 1976 und 1978 insgesamt 111 Millionen DM als Kredit zur Verfügung gestellt haben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

52. Abgeordneter **Dr. Ehmke** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, angesichts der wichtigen Funktion des Strategic Oil Fund für die Aufrechterhaltung der von der Bundesregierung abgelehnten Apartheidpolitik der Republik Südafrika diese Kreditvergabe durch deutsche Banken zu verhindern, insbesondere dort, wo öffentliche Hände beteiligt sind?

53. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß – wie in der Presse berichtet – das Oberhaupt der umstrittenen Moon-Sekte, Sun Myung Moon, in illegale Waffengeschäfte verwickelt ist, und könnte die Feststellung einer solchen Verwicklung in Waffengeschäfte zu einem Entzug der Steuerprivilegien (Anerkennung als gemeinnützige Organisation) führen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

54. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für die zunehmende Produktionsverlagerung der deutschen Wirtschaft in die USA, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, dieser Entwicklung entgegenzutreten?

55. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Wie hoch – in DM ausgedrückt – ist der Umfang der deutschen Investitionen in den USA in den Jahren 1949 bis 1970, 1974, 1975, 1976, 1977, und sind an diesen Investitionen in zunehmendem Maß auch mittelständische Betriebe beteiligt?

56. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Welche Entwicklung nimmt der vom Beirat für Fragen des Tourismus empfohlene Ausbau des deutschen Seminars für Fremdenverkehr in Berlin zu einer ständigen Einrichtung, und welche Maßnahmen sind bislang eingeleitet worden?

57. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Sind Informationen zutreffend, denenzufolge die derzeitige Satzung als unzureichend und hemmend für die Aufnahme einer öffentlichen Förderung zum weiteren Ausbau des Instituts angesehen wird?

58. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

Ist gegebenenfalls der Plan der Bundesregierung, ein staatliches Rohstoffvorratslager einzurichten, im Zusammenhang zu sehen mit der Kritik der Bundesregierung an der Apartheidpolitik der Republik Südafrika, und glaubt die Bundesregierung, mit der Konstruktion eines derartigen Zusammenhangs einen geeigneten Einstieg in eine bestimmte Form der Investitionslenkung zu finden?

59. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Mit welchen staatlichen Mitteln wurde bzw. wird die Förderung von Erdöl und Erdgas aus einheimischen Quellen unterstützt?

60. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Wie weit sind die Bemühungen um eine stärkere Belastung der „windfall-profits" aus der Förderung von Erdöl und Erdgas aus deutschen Quellen inzwischen gediehen?

61. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Ist die Äußerung des Bundeswirtschaftsministers, der Bergbau erhalte rund 6 Milliarden DM Subventionen oder subventionsähnliche Zuwendungen, nicht mißverständlich, weil ein großer Teil dieser Summe nicht dem Bergbau zufließt?

62. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Schließt sich die Bundesregierung meiner Auffassung an, daß z. B. Beihilfen für vorzeitig pensionierte Bergleute, Altlasten für stillgelegte Bergwerke, die vom Verbraucher zu zahlende Ausgleichsabgabe zum Strompreis und vieles andere mehr keine Subventionen des Bergbaus sind?

63. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Bemühungen der Bundesregierung gediehen, mittelständischen Betrieben Bürgschaftshilfen zu gewähren, damit diese Bietungs- und Leistungsgarantien bei Exportgeschäften abgeben können, ohne daß dadurch der für das laufende Geschäft dringend benötigte Kreditrahmen eingeengt wird?

64. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Anspruch auf die von Dezember 1974 bis Juni 1975 gewährte Investitionszulage von 7,5 v. H. teilweise von Bestellern in Zusammenarbeit mit Niederlassungen der Daimler-Benz AG durch zeitliche Manipulation von Kaufverträgen unrechtmäßig erworben wurde, und inwieweit wurde gegebenenfalls dadurch nach Auffassung der Bundesregierung die konjunkturpolitische Zielsetzung der Investitionszulage unterlaufen?
65. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)	Hat die Bundesregierung darüber hinaus Anhaltspunkte für über die Kfz-Branche hinausreichende Mißbrauchsfälle, und welches Gewicht haben diese im Rahmen des bisher bekanntgewordenen Subventionsvolumens dieser Investitionszulage?
66. Abgeordnete **Frau Schlei** (SPD)	Hat die Bundesregierung einen Überblick über Zahl und Inhalt der Berichte deutscher Firmen mit Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen oder Vertretungen in Südafrika über ihr Verhalten in der Republik Südafrika, wie sie im Verhaltenskodex der Europäischen Gemeinschaft von Unternehmen mit Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen oder Vertretungen in Südafrika gefordert werden?
67. Abgeordnete **Frau Schlei** (SPD)	Stellt die Bundesregierung Überlegungen über Maßnahmen für den Fall an, daß die betreffenden Firmen ihrer Berichtspflicht nicht nachkommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

68. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung generell der Ansicht, daß alle Arten der in letzter Zeit in die Öffentlichkeit getragenen Tierversuche noch durch die Bestimmungen des Tierschutzgesetzes gedeckt sind, oder könnte auch sie zu der Überzeugung gelangen, daß z. B. Tierversuche für die kosmetische Industrie nicht mehr „sonst wissenschaftlichen“, sondern eher rein kommerziellen Zwecken dienen oder daß z. B. Vivisektionen im Rahmen der Verhaltensforschung „nicht durch andere zumutbare Methoden oder Verfahren“ ersetzt werden können, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?
69. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)	Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, vor allem industrielle Tierversuche nur noch in staatlichen Instituten durchführen zu lassen, um hierdurch einerseits jeden Mißbrauch und jede Zweckentfremdung zu vermeiden und andererseits Doppel- oder Vielfachversuche konkurrierender Unternehmen auszuschließen?
70. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)	Teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß man beim Kauf von Mischfutter mehr Informationen vom Hersteller verbindlich verlangen sollte, als derzeit die geltenden futtermittelrechtlichen Vorschriften bei „Normtyp“-Mischfuttern vorsehen, und daß man deshalb in der Änderungsverordnung bei Mischfutter, die vom „Normtyp“ abweichen, die offene Gemengteildeklaration zwingend vorschreiben und zusätzlich auch die vier wichtigsten „Inhaltsstoffe“ mit „Energiezahl“ angeben sollte?

71. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß man bei Mischfutter, die den Normtypen entsprechen und als „Normtyp“ gekennzeichnet sind, neben der Angabe aller Inhaltsstoffe einschließlich der Energiezahl – somit eine geschlossene Deklarationsform – zumindest vorsehen sollte, aus Gründen besserer Markttransparenz und Preisbeurteilung sowie aus marktpolitischen Gründen der Anteil an Magermilchpulver bzw. an Getreide im Mischfutter verbindlich anzugeben ist, um dadurch die Kontinuität in der Zusammensetzung des Mischfutters zu gewährleisten?

72. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, nach denen in den Niederlanden für die Errichtung landwirtschaftlicher Betriebsgebäude bis zu 50 v. H. Zuschüsse gewährt werden, und ist ihr gegebenenfalls bekannt, in welcher Form diese Hilfen gewährt werden?

73. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Falle der Bejahung der Frage 72 eine solche Förderung unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsgleichheit der europäischen Landwirtschaft, und was gedenkt sie zu tun, um eine echte Wettbewerbsgleichheit zwischen der deutschen und der niederländischen oder der Landwirtschaft in anderen europäischen Mitgliedstaaten herzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

74. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Wie viele Studenten der Humanmedizin wurden in der Zeit vom 30. Juni 1978 und 31. Oktober 1978 zur zivildienstfachlichen Verwendung vorgesehen, und wie viele wurden im gleichen Zeitraum nur für ein Semester vom Zivildienst zurückgestellt, bzw. in wieviel Fällen wurde die Einberufung auf einen Zeitpunkt nach Beginn des Studiums verlegt, um dem Zivildienstpflichtigen die Möglichkeit zu geben, seinen Studienplatz zu sichern?

75. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung plant, für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, deren Kinder im Ausland leben, in Zukunft kein Kindergeld mehr zu zahlen, und sieht die Bundesregierung im Fall der Nichtweiterzahlung an solche Arbeitnehmer auch die Gefahr, daß dann in verstärktem Maß ausländische Arbeitnehmer ihre Kinder in die Bundesrepublik Deutschland nachkommen lassen werden?

76. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung aus den Gebieten mit hohem Bedarf an Saisonarbeitskräften für Sonderkulturen in der Landwirtschaft wie z. B. Darmstadt, Karlsruhe, Philipsburg und Oberhausen aus dem Jahr 1978 die Klagen der Arbeitsämter bekannt, wonach die aus der Art der Betriebe resultierenden besonderen Arbeitsbedingungen bei der Ernte bestimmter Kulturen einer Vermittlung von Arbeitnehmern entgegenstehen, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Bundesanstalt für Arbeit zu veranlassen, in anderer Weise für Abhilfe Sorge zu tragen, nachdem offenbar die im Winter 1977 veranlaßten überregionalen Vermittlungsbemühungen diesen Notstand nicht lindern konnten?

77. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Zivildienstleistenden aus zwingenden dienstlichen Gründen anfallende Überstunden durch Freizeitgewährung abgegolten werden und daß dies in Ausnahmefällen erst zum Ende ihrer Dienstzeit geschieht, so daß sich ihre tatsächliche Dienstleistung dadurch verkürzt, während es eine vergleichbare Regelung für Grundwehrdienstleistende nicht gibt?

78. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls, diese offenkundige Ungleichbehandlung auch in Zukunft weiterzuführen?

79. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung der Übergangsvorschriften des Rehabilitationsangleichungsgesetzes (§ 41) betreffend des Auslaufens der Kinderheilbehandlungen und der Krebsnachbehandlungen für Angehörige von Versicherten der Rentenversicherungsträger, die über jahrzehntelange Erfahrungen auf diesem Gebiet der Gesundheitspflege verfügen?

80. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das soziale Problem der Rückwanderer aus den südamerikanischen Staaten, die rechtmäßig deutsche Bundesbürger sind, aber deren Leistungsjahre in diesen Ländern zur Zeit nicht rentensteigernd anerkannt werden, bekannt, und wenn ja, wie groß ist dieser Personenkreis?

81. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Welche Lösungen strebt die Bundesregierung für deutsche Rückwanderer aus Staaten an, mit denen kein Gegenseitigkeitsabkommen auf dem Gebiet der gesetzlichen Sozialversicherungen besteht, um den Betroffenen die verdiente Altersversorgung zu gewährleisten?

82. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die auf der Fachtagung „Verwaltete Bürger – Gesellschaft in Fesseln" von Dr. Schober, Präsident des Diakonischen Werks, getroffene Feststellung bestätigen, daß 6000 jugendliche Ausländer, die nach dem 31. Dezember 1976 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind, zwar während ihrer Schulpflichtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland die Schule besuchen dürfen, jedoch danach hier nicht arbeiten können, und ist die Bundesregierung bereit, durch entsprechende Initiativen diesen Sachverhalt zu ändern, und insbesondere zu prüfen, ob es sich hier um eine bürokratische Handhabung des Anwerbestopps für Ausländer handelt?

83. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche vergleichenden Untersuchungen über die verschiedenen, empirisch erfaßbaren Unfallrisiken mit Todesfolge der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und wie sind sie als Grundlage konkreter Folgerungen für eine Vorsorgepolitik zu bewerten?

84. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Forschungsmittel werden gegenwärtig im Bundeshaushalt für die Unfallursachenforschung differenziert nach den einzelnen Sachgebieten bereitgestellt, und in welchem Verhältnis zu den Unfallstatistiken in diesen verschiedenen Bereichen stehen sie?

85. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Welches sind die konkreten Beratungsergebnisse der zweitägigen Klausurtagung der Vertreter des Bundesarbeitsministeriums, des Verbands der deutschen Rentenversicherungsträger, der BfA Berlin und des DGB, die vor einigen Tagen in Sande (Oldenburg) stattgefunden hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

86. Abgeordneter **Wuwer** (SPD)

Hat die Bundesregierung Möglichkeiten, auf eine kinderfreundlichere Gestaltung der Hausordnungen von Wohnungsbaugesellschaften hinzuwirken, und wenn ja, was gedenkt sie in Wahrnehmung dieser Möglichkeit in dieser Richtung zu tun?

87. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Bundesländer in welchem Zeitraum im sozialen Wohnungsbau eine Förderungsart hatten, bei der zeitlich befristete und degressiv gestaffelte Aufwendungs- und Zinszuschüsse die vorher übliche Dauerförderung ganz oder teilweise ablösten, und teilt die Bundesregierung nach ihren Erfahrungen die Auffassung des Verbands Bayerischer Wohnungsunternehmen, daß diese Förderungsart „zu einem mieten- und wohnungspolitischen Desaster führen muß" (Süddeutsche Zeitung vom 23. November 1978)?

88. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Sieht die Bundesregierung irgendeine Möglichkeit, sei es auch unter bestimmten Voraussetzungen, z. B. eines eigenen Beitrags der betreffenden Länder, selbst zur „Nachsubventionierung" von Wohnungen aus den benachteiligten Förderungsjahrgängen beizutragen oder den Bundesländern, die diese Förderungsart praktiziert haben, die Nachsubventionierung aus künftigen laufenden Bundesmitteln für den sozialen Wohnungsbau zu gestatten?

89. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Hat sich nach Ansicht der Bundesregierung die jetzige Soll-Vorschrift, nach der bei öffentlichen Bauten 0,5 bis 2 v. H. der Kosten für Kunst am Bau zu verwenden sind, bewährt, oder werden Überlegungen angestellt, diese Regelung in eine Muß-Vorschrift umzuwandeln, um so die bildenden Künstler in der Bundesrepublik Deutschland, von denen nach dem Künstlerbericht der Bundesregierung 3/4 weniger als das Existenzminimum verdienen, besser zu fördern?

90. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, den Bauträgern bei kleineren Bauten die Möglichkeit zu eröffnen, die an sich pro Projekt zu verwendende Summe für Kunst am Bau anzusparen, um mit diesen Mitteln einen größeren Auftrag finanzieren zu können?

91. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Art der Zusammenarbeit von Wohnungsgesellschaften mit Mieterinitiativen, Mieterräten usw., die sich auf Eigeninitiative der Mieter oder auf Veranlassung der Wohnungsgesellschaften gebildet haben, und welche Ergebnisse darüber sind der Bundesregierung bekannt?

92. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, eine rechtliche Grundlage für die Bildung von Mieterbeiräten in Wohnanlagen ab einer bestimmten Größenordnung zu schaffen, um eine Mietermitwirkung und -mitbestimmung zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

93. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Treffen Berichte zu, daß weder das Bundespresse- und Informationsamt noch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Informationsmaterial in englischer, französischer oder deutscher Sprache über die Zustände und menschlichen Schicksale an der innerdeutschen Grenze zur Verfügung haben?

94. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, neben den sonstigen zahlreichen Informationsschriften in Kürze auch zum oben genannten Bereich eine Broschüre herauszugeben?

95. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher gegen die international betriebene Kampagne der DDR, ehemalige Nazis lebten heute ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland, angesichts der Tatsache getan, daß im Zentralkomitee der SED mindestens 16 und im Staatsrat der DDR drei ehemalige Parteigenossen sitzen, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die DDR zukünftig noch stärker auf unsere gemeinsame Geschichte und unsere gemeinsame Verantwortlichkeit vor der Geschichte hingewiesen werden muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

96. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Wie fördert die Bundesregierung durch Überarbeitung der Ausbildungsordnungen die Einführung beruflicher Grundbildung?

97. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Sind die sachlichen und personellen Voraussetzungen für die Erarbeitung und den Erlaß von Ausbildungsordnungen vorhanden?

98. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die entsprechenden schulischen Entwicklungen und vor allem die Stellung des Fachs Arbeitslehre, angesichts der immer deutlicher werdenden Notwendigkeit, daß insbesondere auch die Hauptschule auf Berufsausbildung und berufliche Tätigkeit vorbereiten sollte?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

99. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Bedeutet die Aussage des Bundeskanzlers vor dem Landesparteitag der SPD in Hamburg, „es darf niemand sagen, er habe die Absicht, sich über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinwegzusetzen“, auch die Bereitschaft der Bundesregierung, der Ansicht des Hamburger Bürgermeisters Klose zu widersprechen, daß die gesamte Stamokap-Theorie „nicht mehr ohne weiteres für falsch gehalten“ werden könne?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

100. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)	Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung dem Europarat heute innerhalb der europäisch-parlamentarischen Organisation bei?
101. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, darüber in Verhandlungen mit der Sowjetunion einzutreten, daß Besuchsreisen für Deutsche in den Norden Ostpreußens erlaubt werden?
102. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Entlassung aus der polnischen und rumänischen Staatsangehörigkeit mit hohen Geldleistungen verbunden ist, und ist sie bereit, den Aussiedlern diese Gelder zu erstatten?
103. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Wird die Bundesregierung, sofern der Vorwurf zutreffend ist, daß die Niederlassung der Firma Siemens in Nicaragua nicaraguanische Mitarbeiter der Polizei übergeben hat, wenn bekannt wurde, daß sie einer Gewerkschaft angehörten, Konsequenzen gegenüber der Firma Siemens ziehen?
104. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, wonach der sowjetrussische Arbeiter Jewgeni Businnikow aus Weißrußland nur deswegen zu drei Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt worden ist, weil er Unzufriedenheit über die Lage der Arbeiter in der UdSSR geäußert, westliche Rundfunksendungen gehört und Briefe an Dissidenten geschrieben hat, und hält die Bundesregierung bejahendenfalls ein solches Vorgehen für vereinbar mit den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen, die auch für die UdSSR verbindlich sind?
105. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Was wird die Bundesregierung unternehmen, um der neuesten Verhaftungswelle in der UdSSR gegen Angehörige freier Gewerkschaften und andere Arbeiter auf diplomatischer und politischer Ebene entgegenzuwirken?
106. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, es sei derzeit „eine Irreführung oder Selbsttäuschung, noch von ‚Wiedervereinigung‘ zu sprechen“ oder ist sie nicht vielmehr weiterhin im Sinne des Verfassungsauftrags, „die nationale und staatliche Einheit zu wahren“, in Gegenwart und Zukunft stetig auch in ihrer Außenpolitik bemüht, mit dem ganzen politischen und wirtschaftlichen Gewicht der Bundesrepublik Deutschland und mit friedlichen Mitteln „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“?
107. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Hält sich die Bundesregierung angesichts des Wahrungs- und Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes von Verfassungs wegen für verpflichtet, die verbündeten Mächte an den wesentlichen friedlichen Zielen des Deutschlandvertrags als fortbestehendem Vertragsanspruch festzuhalten, „ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland, besitzt und das in die

europäische Gemeinschaft integriert ist", zu verwirklichen (Artikel 7 Abs. 2), wobei „die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß" (Artikel 7 Abs. 1), und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um diese Rechtsverpflichtungen stärker in das Bewußtsein breiter deutscher Bevölkerungsschichten und mit Hilfe der Verbündeten ins Bewußtsein ihrer Bürger und ihrer Administration zu bringen?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Welche zeitlichen Vorstellungen bestehen beim jetzigen Stand der Verhandlungen über den Beitritt zur EG mit Griechenland, Portugal und Spanien über die Beitrittsdaten?

2. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob die Übergangszeiten für den Beitritt Griechenlands, Portugals und Spaniens nach der Aufnahme in die EG abgestuft festgelegt werden, und welche Vorstellungen über den Zeitablauf bestehen?

3. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Sollen die Länder nach der Beitrittsunterzeichnung, also noch im Ablauf des Ratifizierungsprozesses, an den gemeinschaftlichen Verfahren und der politischen Zusammenarbeit teilnehmen?

4. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Wünscht die Bundesregierung in der Gemeinschaft, daß die Bewerberländer von nun an ihre Politiken und Gesetzgebungen an der Gemeinschaft orientieren und daß sie sich verpflichten, die Kommission der Gemeinschaft vorab von allen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, die zu treffen sie sich v[illegible] laßt sehen könnte, und die geeignet wär[illegible], nach der Erweiterung den Bereich der Gemeinschaft zu berühren?

5. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Zu welchen Ergebnissen haben die Arbeiten der ad-hoc-Gruppe zur Vorbereitung der Europäischen Stiftung geführt, und in welcher Weise soll die Organisation aufgebaut werden?

6. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wie sollen die in den Schwerpunktbereichen der Europäischen Stiftung bereits tätigen Organisationen an der künftigen Arbeit beteiligt werden?

7. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Verbesserung des rechtlichen Schutzes der Übersetzer geplant, nachdem sie – wie aus dem Schriftwechsel des Auswärtigen Amts mit dem BDÜ (MDÜ 3/77, 4/77, 6/77) hervorgeht – erklärt, daß sie aus verfassungsrechtlichen und anderen Bedenken nicht bereit sei, die Transformation der UNESCO Empfehlung zum rechtlichen Schutz der Übersetzer in nationales Recht einzuleiten?

8. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welchen Zeitplan hat die Bundesregierung gegebenenfalls für etwaige geplante Maßnahmen vorgesehen?

9.	Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	Liegen der Bundesregierung inzwischen Einzelheiten über das Vorhaben vor, im Bundeshaushalt künftig jährlich zwei Millionen DM etwa fünf Jahre lang zur Verfügung zu stellen, um mit diesem Betrag wertvolle alte Kirchen und ähnliche nationale Kulturdenkmäler in Bolivien zu restaurieren (vgl. meine Frage B 3 in Drucksache 8/926), nachdem ein entsprechender Wunsch seit mehr als einem Jahr vorliegen soll, und wann und in welcher Form ist mit einer Verwirklichung zu rechnen?
10.	Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Was tut die Bundesregierung gegen die Verunglimpfung eines deutschen Ministerpräsidenten durch eine amtliche sowjetische Rundfunkstation und die Beschuldigung, daß er gesetzesfrei handeln wolle (vgl. Ostinformationen des Bundespresse- und Informationsamts vom 16. November 1977 – RFF 15. November 1978), angesichts der Tatsache, daß gegen Verunglimpfungen eines Parlamentarischen Staatssekretärs der Bundesregierung offizielle Demarchen der diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der UdSSR erfolgten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11.	Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)	Bis wann ist mit der Vorlage des vor einigen Monaten angekündigten Katastrophenplans für Weltraumunfälle zu rechnen?
12.	Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)	Wird bei seiner Ausarbeitung berücksichtigt, daß der Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland den Folgen eines Absturzes des sowjetischen Satelliten „Kosmos 954" ohne die Hilfen der Bundeswehr allein nicht gewachsen wäre?
13.	Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)	Wird sich der Bundesinnenminister – gemäß der von den Staatsangehörigkeitsreferenten der Länderinnenministerien aufgeworfenen Frage bzw. erbetenen Stellungnahme – dazu entschließen, Reisen von Staatsangehörigkeitsbewerbern nach Jugoslawien als unschädlich im Sinn der einschlägigen Vorschriften über eine – vor der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft – erforderliche Entlassung aus der Staatsbürgerschaft des Herkunftslands, speziell Ostblock, anzuerkennen?
14.	Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)	Wann ist mit dem Erlaß entsprechender Vorschriften zugunsten des betreffenden Personenkreises zu rechnen?
15.	Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU)	Haben Bundesbehörden oder Stellen, die der Weisung oder Aufsicht einer Bundesbehörde unterstehen, an den ehemaligen Studentenführer Daniel Cohn-Bendit Versorgungsbezüge bezahlt bzw. angewiesen, und wenn ja, auf Grund welcher Vorschriften und in welchem Umfang?
16.	Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung Forschungsergebnisse des nationalen Krebsinstituts der USA in Washington, daß sich das sogenannte EDB (Di-Brom-Athen), das als Benzinzusatz verwendet wird, als die stärkste krebserregende Substanz mit schwer-

wiegenden Folgen bei Tierversuchen unter 300 anderen vom Institut untersuchten Chemikalien erwiesen hat, und erwägt gegebenenfalls die Bundesregierung, die Verwendung von EDB zu verbieten?

17. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, dafür zu intervenieren, daß der Einsatz von EDB im Bereich der EG verboten wird, um schwerwiegenden gesundheitlichen Gefahren für Menschen auch in der Bundesrepublik Deutschland vorzubeugen?

18. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, im Rahmen der angekündigten Novellierung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971 auch Anwohnern der Lärmschutzzone 2 Erstattungsleistungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen zu gewähren, und wenn ja, in welcher Höhe?

19. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Zu welchem Zeitpunkt kann mit der Vorlage der Gesetzesnovelle gerechnet werden?

20. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Schaffung von Daten- und Informationssammelstellen durch Unternehmensverbände auf Branchenebene (z. B. Euro-Fabric-Datenbank – vgl. „Chemische Industrie“, Heft 9/78), und welche Maßnahmen hält sie für nötig, um der damit verbundenen Kritik an den unzureichenden Erhebungen des Statistischen Bundesamts entgegenzutreten?

21. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem Bericht des Instituts für Unfallforschung des TÜV Rheinland über „Menschliche Faktoren im Kernkraftwerk“ gezogen, damit den Anforderungen an ein sicherheitsbewußtes Handeln des Kraftwerkspersonals genügt wird?

22. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Welchen Sachstand haben die Überlegungen des Bundes und der Bundesländer im Arbeitskreis für Beamtenrechtsfragen zum Fragenkomplex der Nebentätigkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes erreicht, bzw. wann werden voraussichtlich die Arbeiten dieses Arbeitskreises abgeschlossen sein können?

23. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Welchen Stand haben die Bemühungen erreicht, durch eine bundesweite Erhebung Umfang und Ausmaß der Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst statistisch zu ermitteln?

24. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie haben sich in den vergangenen 30 Jahren, seit Verabschiedung des ersten Lastenausgleichsgesetzes Personalbestand und Leistungsempfänger in der Lastenausgleichsverwaltung entwickelt, und welche Konzeption gibt es in der Bundesregierung, um bei abnehmender Bedeutung des Verwaltungszweigs die Mitarbeiter für andere Zwecke einzusetzen?

25. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Welche Gründe haben dazu geführt, daß zwar bei der Besoldung im öffentlichen Dienst, nicht aber bei der Beförderung die Wehrdienstzeit voll angerechnet wird, wenn zwischen Wehrdienst und Eintritt in den öffentlichen Dienst oder dem Beginn des Studiums mehr als ein halbes Jahr liegt?

26. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)	Wie werden die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig „entsorgt" (Verbleib der abgebrannten Brennelemente), und welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung notwendig, um ihr Entsorgungskonzept zeitlich und sachlich zu verwirklichen?
27. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)	Welche zeitliche Verschiebung hat sich seit der Vorlage des Entsorgungsberichts der Bundesregierung an den Bundestag vom 30. November 1977 bislang aus welchen Gründen ergeben, und ist dadurch die Entsorgungspolitik der Bundesregierung gefährdet?
28. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Welche Kernkraftwerke sind z. Z. in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb?
29. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Welches war die Verfügbarkeit dieser Anlagen im Jahr 1977 bzw. 1978, und wo wurde diese Verfügbarkeit durch nennenswerte Störfälle beeinträchtigt?
30. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Welche Kraftwerke (Kernkraftwerke und Kraftwerke fossiler Brennstoffe) sind z. Z. im Bau oder durch Gerichtsentscheid, Einsprüche usw. blockiert?
31. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Für welche Kraftwerke (Kernkraftwerke und Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen) wurde das Genehmigungsverfahren eingeleitet oder feste Bestellungen aufgegeben?
32. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Werden im Verteidigungsfall alle Bewohner der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den Ballungsgebieten, durch Schutzräume oder geeignete Sofortmaßnahmen ihr Leben und ihre Gesundheit wirksam schützen können, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung dies?
33. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Welche Kriterien gibt es nach Auffassung der Bundesregierung, um von einer „politischen Tätigkeit" von Ausländern im Bundesgebiet im Sinne des Ausländergesetzes auszugehen?
34. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tätigkeit der der Sozialistischen Internationale angehörenden „Polnischen Sozialistischen Partei" (PPS), unter Leitung des Journalisten Tadeusz Podgorski (München), in der Bundesrepublik Deutschland?
35. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Zielsetzung des von Tadeusz Podgorski, des Bundesvorsitzenden der Polnischen Sozialistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland, herausgegebenen Organs „Przemiany" (Evolutionen) in München?
36. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)	Welche 25 Speditionen, Reisebüros, Druckereien und sonstigen Wirtschaftsunternehmen im Bundesgebiet und in Berlin (West) werden vom Wirtschaftsapparat des Zentralkomitees der SED kontrolliert und unterstehen demzufolge dem direkten Einfluß der DDR?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

37. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat das betroffene Ausland nach den Aufrufen der Bundesregierung (1965/1969) Unterlagen zur Verfügung gestellt, um die Verfolgung von NS-Verbrechen zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

38. Abgeordneter **Dr. Waigel** (CDU/CSU)

Ist die Antwort der Bundesregierung vom 16. November 1978 auf meine Frage Nr. B 45 (Drucksache 8/2273) nach den steuerlichen Konsequenzen bei nur zum Schein bestehenden Arbeitsverhältnissen zwischen DKP-Funktionären und kommunistischen Wirtschaftsunternehmen so zu verstehen, daß die Bundesregierung außer einer „Umfrage bei mehreren Ländern" nichts unternommen hat, um sicherzustellen, daß die Finanzbehörden der Länder entsprechende steuerliche Konsequenzen ziehen können?

39. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Trifft es zu, daß im Bundesfinanzministerium Überlegungen zur Besteuerung von sogenannten Übertrinkgeldern angestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

40. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Denkt der Bundeswirtschaftsminister daran, das Ergebnis der von ihm vorgeschlagenen Überprüfung der Usancen und Verwaltungsnotwendigkeiten des Bundesaufsichtsamts im Hinblick auf die Prämienerhöhungen in der Kfz-Versicherung (siehe auch Interview Walter Rieger, Präsident des Bundesaufsichtsamts für Versicherungswesen, in „Die Zeit" vom 20./25. November 1978) zu veröffentlichen?

41. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in den letzten Jahren in zunehmendem Maß Produktionsverlagerungen in andere EG-Staaten erfolgten, welche Länder werden gegebenenfalls aus welchen Gründen nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung bevorzugt?

42. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch der Umfang der deutschen Investitionen in den übrigen EG-Staaten ist?

43. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Textilkennzeichnungsgesetz vom 25. August 1972 erforderliche Ausführungsverordnung erlassen?

44. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Erklärung des amerikanischen Präsidenten, den Export konventioneller Rüstungsgüter 1979 um 8 v. H. zu verringern, und wie wird sie auf den Aufruf Präsident Carters reagieren, durch multinationale Zusammenarbeit eine „vernünftige" Zurückhaltung der Waffenexportländer zu erzielen (Süddeutsche Zeitung vom 1. Dezember 1978)?

45. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch die geschätzte jährliche Belastung der baden-württembergischen Stromverbraucher durch die Ausgleichsabgabe für die Kohleverstromung (Kohlepfennig) ist und wie hoch der Baden-Württemberg zugute kommende Subventionsbetrag für die Kohleverstromung aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe nach der bisherigen und künftigen Regelung ist?

46. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung Rabattvergünstigungen von 20 v. H. zugunsten von Landwirten, Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst beziehungsweise in öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie zugunsten deren Witwen gewährt werden?

47. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß ein staatlich angestellter Bauingenieur weniger schadensträchtig fährt als ein freischaffender, daß der Koch einer bundeseigenen Kantine weniger Schaden verursacht als der eines Restaurants oder daß ein Krankenpfleger vorsichtiger fährt als ein frei praktizierender Arzt, und wenn ja, auf welchen differenzierten Untersuchungen basiert diese unterschiedliche Bewertung gleicher Berufsbilder?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

48. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Referenzpreise für Seelachs, Seehecht und Kabeljau anheben und einen zeitlich begrenzten Importstopp für Drittlandeinfuhren verhängen, nachdem die schleswig-holsteinische Kutterfischerei als Folge der internationalen Seerechtsentwicklung einem ruinösen Wettbewerb ausgesetzt ist, der dazu führte, daß die Erlöse um ca. 12 v. H. zurückgingen?

49. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit und Notwendigkeit verstärkter landschaftsschützender Maßnahmen, insbesondere die von Professor Hübler (Institut für Landschaftsökonomie der Technischen Universität Berlin) auf dem letzten Umweltforum in Stuttgart angeregte „Umweltverträglichkeitsprüfung", mit der die „Verbraucher von Landschaft" die ökologische Verträglichkeit nachzuweisen hätten, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

50. Abgeordneter **Rainer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Einfluß der Kursentwicklung des Dollars auf die Kraftfuttermitteleinfuhren der EG, und welche Konsequenzen ergeben sich ihrer Ansicht nach dadurch für die staatliche Intervention und die Wettbewerbssituation küstennaher Standorte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

51. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, durch eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes die Sägewerksarbeiter den Bauarbeitern gleichzustellen und sie damit in die Winterbauförderung mit einzubeziehen?

52. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die Zahl der Unfälle mit Todesfolge von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1970 bis 1977 differenziert nach Unfallarten entwickelte, und läßt sich abschätzen, ob und wie sich Vorsorgemaßnahmen der Bundesregierung auf die Entwicklungstendenz ausgewirkt haben?

53. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Bundesmittel wurden zur Verringerung der Unfallrisiken im Straßenverkehr, in den privaten Haushalten und in der gewerblichen Wirtschaft sowie im Bereich der Reaktorsicherheit für die Jahre 1970 bis 1977 bereitgestellt?

54. Abgeordneter **Dr. Wörner** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß ehemalige Kriegsteilnehmer und Kriegsgefangene mit besonders langen Zeiten des Kriegsdienstes und der Gefangenschaft auf Grund der geltenden Vorschriften des Rentenrechts über die Bewertung der Ersatzzeiten im Vergleich zum Durchschnitt aller Versicherten mit Ersatzzeiten einen ins Gewicht fallenden Nachteil erleiden, und kann die Bundesregierung gegebenenfalls darlegen, in welchen Fällen oder Gruppen von Fällen solche besonderen Nachteile eintreten?

55. Abgeordneter **Dr. Wörner** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, außergewöhnliche Härten, die aus der Bewertung von Ersatzzeiten bei ehemaligen Kriegsteilnehmern und Kriegsgefangenen entstehen, durch Rechtsänderungen in den Rentengesetzen auszugleichen oder im Rahmen der Heimkehrerstiftung zu regeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

56. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu und gegebenenfalls was sind die Gründe, daß aus dem süddeutschen Bereich die Ärzte im Vergleich zum Bevölkerungsstand und zu den vorhandenen Ärzten in den nördlichen Bundesländern überproportional zum Sanitätsdienst bei der Bundeswehr herangezogen werden und ein erheblicher Teil in Garnisonen in Norddeutschland Dienst leisten muß?

57. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Besteht die Möglichkeit, in den seit geraumer Zeit leerstehenden Räumen des ehemaligen Kreiswehrersatzamts Frankfurt am Main, Königsberger Straße (Stadtteil Hausen), eine Sanitätseinheit der Bundeswehr mit Ärzten zu stationieren, um dabei auch die Versorgung der Bevölkerung, z. B. im Rettungsdienst und im Krankentransport zu ermöglichen?

58. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Soldaten, die in verkehrsmäßig sehr abgelegenen Garnisonen stationiert sind, für die seit einiger Zeit z. B. zu den Bahnhöfen eingerichteten Verbindungen mit Bundeswehromnibussen Fahrpreise zu entrichten haben und erst dann mit der dafür gekauften Fahrkarte diese Fürsorgemaßnahme in Anspruch nehmen dürfen?

59. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wenn ja, in welchem Verhältnis stehen die dadurch eingenommenen Beträge zu dem Aufwand beim Verkauf, bei der Überwachung, bei der Einzahlung und Abrechnung, und rechtfertigt dies eine solcherart bezahlte „Fürsorgemaßnahme"?

60. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung – nachdem die Benutzung des Flugplatzes Teveren bei Geilenkirchen, Krs Heinsberg, für das Frühwarnsystem AWACS nunmehr feststeht – mit den Vorarbeiten für die Feststellung der Lärmschutzbereiche nach dem Fluglärmgesetz sofort beginnen, und kann bei solcher Vorbereitung erwartet werden, daß die Lärmschutzbereiche mit dem Beginn des Flugbetriebs festgelegt sein werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

61. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Was tut die Bundesregierung zum Schutz der deutschen Verbraucher vor Gesundheitsschäden angesichts der Tatsache, daß nach einem laut Pressemeldungen soeben erstellten Bericht des Gesundheitsbeirats beim niederländischen Gesundheitsministerium niederländisches Schweinefleisch zu 30 v. H. und niederländisches Schlachtgeflügel zu 15 bis 20 v. H. durch Salmonellen verseucht ist, und der Export von Schlachtschweinen, Hähnchen und Schlachtgeflügel aus Holland in die Bundesrepublik Deutschland erheblich ist?

62. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Liegen bereits Ergebnisse des vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit beim Max-Planck-Institut für Psychiatrie in Auftrag gegebenen Forschungsvorhabens über nichtärztliche Psychotherapeuten vor, und wenn nicht, bis wann ist damit zu rechnen?

63. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Verlage, die unter dem Deckmantel sogenannter Original-Bild- und Tondokumentationen NS-Propaganda verbreiten, angesichts der sich in letzter Zeit häufenden Indizierungen solcher Publikationen dazu übergehen, „Buchclubs für zeitgeschichtliche Literatur" zu gründen, um das mit der Indizierung verbundene öffentliche Verbreitungsverbot zu unterlaufen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus solchen Gründungen angesichts der Tatsache, daß diese Buchclubs weiterhin ungehindert mit NS-Propaganda handeln können?

64. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, gesetzliche Maßnahmen zu treffen, die vorsehen, daß das Kindergeld für behinderte, erwerbsunfähige Kinder über das 25. Lebensjahr hinaus gezahlt wird?

65. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, gesetzliche Maßnahmen zu treffen, die vorsehen, daß der Kinderzuschuß in der Rentenversicherung unterhaltspflichtigen Personen für ihre behinderten erwerbsunfähigen Kinder über das 25. Lebensjahr hinaus gewährt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

66. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung laut Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes die Chancengleichheit von Klein- und Mittelbetrieben zu Großbetrieben sicherzustellen, wenn die Betriebe nicht vor Ablauf der Gültigkeitsdauer ihrer Konzession erfahren, wie hoch der Leistungsdurchschnitt im jeweiligen Land liegt, um feststellen zu können, ob sie in den letzten 24 Monaten die Leistungen mit mehr als der Hälfte des Landesdurchschnitts erzielt hatten, zumal Großbetriebe die Möglichkeit haben, die ablaufende Konzession verstärkt einzusetzen, um auf diese Weise über die geforderte Mindestleistung zu kommen, ohne daß eine entsprechende Auftragslage vorliegt?

67. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Werden Bundesregierung und Deutsche Bundesbahn dafür sorgen, daß der Hauptbahnhof der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden künftig besser bei der Fernverkehrsstreckenführung, insbesondere in der Intercity-Linienführung berücksichtigt wird?

68. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen zutreffend, daß unbeschadet der Ergebnisse der verschiedenen Regionalkonferenzen über die Stillegungspläne die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn die im Dezember 1977 zur Stillegung vorgesehenen Streckenabschnitt in Baden-Württemberg tatsächlich stillegen will, wie aus einem Brief des Präsidenten der Bundesbahndirektion Stuttgart vom 31. Oktober 1978 an die Dienststellenleiter der Bahnhöfe zu entnehmen ist (vgl. Artikel „Ein Schreiben an die Bahnhofs-Vorstände beweist es: Stillegungspläne werden ohne Zögern weiterbetrieben“ in der Schwäbischen Zeitung Nr. 267 vom 18. November 1978)?

69. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Welche Vorbereitungen sind zwischenzeitlich ergriffen worden, um den kombinierten Verkehr hinsichtlich der Qualität und Quantität zu verbessern?

70. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Ist gewährleistet, daß die Weiterentwicklung des kombinierten Verkehrs auch mit den wichtigsten Huckepack betreibenden Staaten koordiniert wird?

71. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Wie hoch ist beim kombinierten Verkehr der Ist-Zustand in Tonnen, und wie sehen mittel- und langfristig die Prognosen aus?

72. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Ist mittel- und langfristig durch eine Stärkung des kombinierten Verkehrs mit einer Straßenentlastung insbesondere von ausländischen Schwerlastzügen zu rechnen?

73. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Bereich des Landkreises Cuxhaven die erst vor wenigen Jahren mit Bundes- und Landesmitteln modern ausgebauten Straßenmeistereien in Dorum, Hagen und Hemmoor im Zuge einer Neugliederung wieder aufgelöst und die entsprechenden Gebäude veräußert werden sollen, und wenn ja, wie wird dies wirtschaftlich und technisch begründet?

74. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Welche Abfertigungskapazität an Pkw- und Lkw-Einheiten soll die geplante Grenzübergangsstelle im Zuge der A 881 nach den derzeitigen Planungen bekommen, und wie groß ist die Abfertigungskapazität an Pkw- und Lkw-Einheiten beim deutsch-schweizerischen Genzübergang an der T 15 zwischen Bietingen und Thayngen?

75. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Kennen die Gesetze, Verordnungen und Richtlinien zur Planung und zum Ausbau von Bundesautobahnen Begriffe wie „Zubringerautobahn", „Ergänzungsautobahn" oder „autobahnähnliche Schnellstraße", und gibt es für solchermaßen genannte Straßen besondere Ausbaunormen, die von den üblichen Ausbaunormen für Bundesautobahnen mit den Regelquerschnitten RQ 29 und RQ 26 abweichen?

76. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesverkehrsminister aus der bisherigen Autobahnplanung im Raum Allgäu die A 98 östlich von Kempten bis zum Irschenberg und westlich des Wangener Kreuzes in Richtung Basel sowie die A 91 (B 17 neu) Hopferau—Steingaden ersatzlos gestrichen hat, und daß im neuen Bedarfsplan für Bundesfernstraßen diese früher geplanten Schnellwege nicht mehr erscheinen werden?

77. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesverkehrsminister entschieden hat, daß die A 98 vom Autobahnkreuz Allgäu bis Wangen und die A 985 (B 19 neu) zwischen dem Autobahnkreuz Allgäu und Immenstadt—Stein im neuen Bedarfsplan für Bundesfernstraßen nur noch als zweispurige Schnellstraßen geführt werden?

78. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß im Bundeshaushalt 1978 Mittel für die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in der Stadt St. Goarshausen bereitgestellt waren, und wenn ja, in welcher Höhe, und warum ist mit den Bauarbeiten trotz verfügbarer Mittel nicht oder noch nicht begonnen worden?

79. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt und vertretbar, daß das Wasser- und Schiffahrtsamt Koblenz (Außenstelle Dietz) Mietverträge über einen als Campingplatz zu nutzenden (und vom Pächter entsprechend ausgebauten) Uferstreifen zur Lahn aus Flurstücken 77/1, 77/2, 77/3 und 361/243 Flur 19 und 31 der Gemarkung Oberlahnstein am 24. September 1976 in bezug auf die Höhe des Entgeldes gekündigt und ein neues Entgeld mit Vertragsangebot Nr. 228 vom 12. Mai 1978 ausschließlich für das Jahr 1977 festgesetzt hat?

80. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt und vertretbar, daß dieses Entgeld von bisher 360,– DM auf 3 021,– DM um 839 v. H. dabei erhöht worden ist mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß eine weitere Erhöhung nicht zu umgehen sei, und daß für das Jahr 1978 bis Ende Oktober 1978 noch keine Regelung des Pachtverhältnisses erfolgt ist?

81. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt und vertretbar, daß dem Mieter ein längerfristiger Vertrag als Grundlage seiner langfristigen Dispositionen dadurch verweigert wird, daß die Vertragsverlängerung nur für jeweils ein Jahr erfolgen kann, bei vierteljähriger Kündigungsfrist?

82. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Ist die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Wrede vom 29. November 1978 auf meine Anfrage in Drucksache 8/2315 Teil B Nr. 76 so zu verstehen, daß es die Bundesregierung ablehnt, vor der Entscheidung des Bundesverkehrsministers über die Stillegung des Personenverkehrs auf bestimmten Strecken der Deutschen Bundesbahn den betroffenen Abgeordneten des Deutschen Bundestages die diesbezüglichen Anträge der Deutschen Bundesbahn einschließlich ihrer Begründung zur Kenntnis zu bringen?

83. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Wann will die Bundesregierung auch angesichts der breiten Unterstützungen aus der Bevölkerung, dem Rat der Stadt Hilden, der zuständigen Industrie- und Handelskammer und vieler Ausflügler eine Entscheidung über die Einrichtung eines S-Bahnhaltepunkts in Hilden-Ost treffen?

84. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Ist es zutreffend, daß die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern ein überaus hohes Flugpreisniveau hat, und wie groß ist dieser Niveauunterschied im Vergleich zu den anderen Ländern der EG und den USA?

85. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Weigert sich die Bundesregierung gegen die Übernahme einer Politik der Flugpreissenkung, so wie sie von der Regierung der USA seit geraumer Zeit erfolgreich betrieben wird, und wenn ja, aus welchen Gründen?

86. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Lage der Flugüberwachung und Sicherheit im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der zwar abnehmenden Zahl der sogenannten Beinahezusammenstöße und der jetzt veröffentlichten Steigerung der Passagier- und Luftfrachtgutzahlen der Deutschen Lufthansa, die neben der Ausweitung von anderen Fluggesellschaften zwangsläufig eine Erhöhung der eingesetzten Flüge mit sich bringt?

87. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wie sieht die Bundesregierung die Konkurrenz im Personenverkehr zwischen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Lufthansa, und versucht die Bundesregierung, durch entsprechende Maßnahmen einem Verkehrsmittel eine größere Priorität als bisher einzuräumen?

88.	Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Besteht im Zusammenhang mit der für 1979 geplanten Umwandlung der Bundesbahnschule in Mainz in eine Fachhochschule die Überlegung, die jetzige Bundesbahnschule aus Bebra abzuziehen, wenn für die Institution in Mainz eine Lehranstalt der Deutschen Bundesbahn gebaut werden sollte, die beide Schulen umfaßt?
89.	Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Ist die Deutsche Bundesbahn bereit, für die durch zahlreiche Arbeitsplatzverluste im Bereich der Deutschen Bundesbahn in den letzten Jahren schwer getroffenen Eisenbahnerstadt Bebra dadurch einen Ausgleich zu schaffen, daß die geplanten Lehranstalten der Deutschen Bundesbahn in Bebra und damit im hessischen Zonenrandgebiet errichtet werden und damit zugleich eine bedeutende strukturpolitische Maßnahme darstellen würde?
90.	Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Welche ländlichen Poststellen in Baden-Württemberg sollen nach den jetzigen Plänen der Bundesregierung aufgehoben werden, da sie angeblich unwirtschaftlich sind?
91.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die sogenannte Funktionsgruppenregelung auch auf die Angehörigen des höheren Postdienstes anzuwenden?
92.	Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost die vorgesehenen Gutschriften für eine einmalige Gebührenermäßigung nicht vornimmt, wenn die Fernsprechteilnehmer bereits soziale Vergünstigungen erfahren?
93.	Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung die Situation bei der Postzustellung im dünn besiedelten ländlichen Raum für zumutbar, wenn z. B. in der Gemeinde Altena und Saalsdorf auf Grund der Zuordnung zum Postamt Wolfsburg die Post und auch die Tageszeitung den Empfänger erst zwischen 17 und 18 Uhr erreichen?
94.	Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)	Welche organisatorischen oder technischen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Dienstleistungen der Deutschen Bundespost im ländlichen Raum, insbesondere im Hinblick auf den angesprochenen Mißstand in Altena und Saalsdorf, zu verbessern?
95.	Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß schwerhörigen Mitbürgern, die auf ein Hörgerät angewiesen sind, bei den herkömmlichen Telefonapparaten die Verständigung mit anderen Fernsprechteilnehmern sehr erschwert ist, daß die Deutsche Bundespost aber bisher keine Apparate anbietet, die den besonderen Bedürfnissen Schwerhöriger Rechnung tragen, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diesem Personenkreis zu helfen?
96.	Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)	Wie und wann kann die Bundesregierung den Mißstand beseitigen, der im Zusammentreffen mehrerer unterschiedlicher Telefonortsnetze im Bereich der Stadt Erkrath besteht?

97. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß an Sonn- und Feiertagen tagsüber auf Grund des günstigen Tarifs das Telefonieren für den Verbraucher oft zur Qual wird, da über Stunden hinweg das Telefonleitungsnetz der Deutschen Bundespost total überlastet ist und selbst dringende Anrufe nicht durchgeführt werden können, und wenn ja, wann ist die Bundesregierung bereit, in dem hoch gewinnbringenden Fernsprechbereich entsprechende Investitionen und Erweiterungen vorzunehmen, damit der jetzige Zustand in sehr kurzer Zeit abgestellt ist und um so auch dem starken Zuspruch nach Telefonneuanschlüssen von dieser Seite her gerecht zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

98. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gemeinden wegen rechtlicher Schwierigkeiten bei der Schaffung der satzungsmäßigen Voraussetzungen Erschließungsbeiträge für Anlagen zum Schutz von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinn des Bundes-Immissionsschutzgesetzes überwiegend nicht erheben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

99. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, die rechtlichen Möglichkeiten des § 127 Abs. 2 Nr. 5 in Verbindung mit § 132 des Bundesbaugesetzes zu verbessern oder zumindest eine entsprechende Klarstellung herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

100. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär Engholm die Einführung von Strukturräten gefordert hat, in denen Vertreter der Wirtschaft, des Staats und der Gewerkschaften koordinierend über die Schaffung neuer Arbeitsplätze beschließen sollen, und wenn ja, ist das auch die Auffassung der Bundesregierung?

101. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hat der Parlamentarische Staatssekretär Engholm auf einer Bezirkskonferenz der DAG in Lübeck vor der Illusion gewarnt, daß durch die Konjunkturprogramme und Steuererleichterungen von den Unternehmen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und wenn ja, steht diese Aussage nicht im Widerspruch zu den bisherigen Äußerungen seitens der Bundesregierung?

102. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hat der Parlamentarische Staatssekretär Engholm auf einer Bezirkskonferenz der DAG in Lübeck den Gewerkschaften geraten, in Anbetracht der Arbeitslage, die Lohnpolitik zu überdenken, mit der Begründung, daß die Arbeit besser verteilt werden müsse, wenn sie Mangelware ist und dabei auch die Meinung vertreten, daß die Forderungen der Gewerkschaft nach der 35 Stunden Woche dazu beitragen könnten, daß die „Mangelware Arbeit" auf möglichst viele verteilt werde?

103. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Teilt der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft die Einschätzung des Bundespostministers, wie sie in der Antwort auf meine Frage zu Tests mit jugendlichen Bewerbern um einen Ausbildungsplatz (Stenographischer Bericht der 115. Sitzung, Seite 9046) zum Ausdruck kommt, daß die Benotung im Schulabgangszeugnis keine ausreichende Auskunft über die Fähigkeiten zur mündlichen und schriftlichen Kommunikation, über die Kenntnisse in Deutsch und Rechnen sowie über ausreichendes Interesse an Erdkunde vermittelt und somit ein besonderer Eignungstest vor Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis erforderlich ist, und wie beurteilt der Bundesminister vor dem Hintergrund zahlreicher Tests bei fast allen Ausbildungsstellen den Aussagewert von Schulabgangszeugnissen?

Bonn, den 1. Dezember 1978